

Parlamentarische **Versammlung**

Anwendung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Dok. 11442

24. Oktober 2007

Mitteilung

des Generalsekretärs des Europarats

Vierter Zweijahresbericht des Generalsekretärs an die Parlamentarische Versammlung

Einleitung

Gemäß den Bestimmungen von Artikel 16, Absatz 5 der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen (im Weiteren „die Charta“) ist der Generalsekretär verpflichtet, der Parlamentarischen Versammlung alle zwei Jahre einen Bericht über die Anwendung der Charta vorzulegen. Die Charta trat im März 1998 in Kraft. Der erste diesbezügliche Bericht des Generalsekretärs wurde der Parlamentarischen Versammlung im Jahr 2000 (Dok. 8879 vom 18. Oktober 2000), der zweite Bericht 2002 (Dok. 9540 vom 11. September 2002) und der dritte 2005 (Dok. 10659 vom 3. September 2005) vorgelegt. Dieser vierte Bericht deckt die Jahre 2005 bis 2007 ab und befasst sich mit den wichtigsten kritischen Fragen, die sich aus der Arbeit des von der Charta geschaffenen Überwachungsverfahrens ergeben.

Das Überwachungsverfahren

Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre bestätigen, dass das durch die Charta geschaffene Überwachungsverfahren gut arbeitet. Trotz der mit der verspäteten Einreichung einiger regelmäßiger Berichte verbundenen Schwierigkeiten und des Personalmangels im Sekretariat war der Sachverständigenausschuss in der Lage, einen gleichmäßigen Arbeitsrhythmus aufrecht zu erhalten.

Bisher hat er fünfunddreißig Prüfberichte (im Vergleich zu zwanzig Berichten vor zwei Jahren) verfasst. Zu fünf Staaten – Armenien, Österreich, Zypern, der Slowakei und Spanien – wurde bisher nur der erste Prüfbericht angenommen. In sechs weiteren Fällen, namentlich Dänemark, Deutschland, den Niederlanden, Slowenien, Schweden und Großbritannien, wurde eine weitere Überwachungsrunde abgeschlossen und führte zur Annahme eines zweiten Prüfberichts. Eine dritte Überwachungsrunde wurde zu weiteren sechs Staaten abgeschlossen, namentlich Kroatien, Finnland, Ungarn, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz. Die Prüfberichte, die bereits vom Ministerkomitee geprüft wurden, wurden der Öffentlichkeit im Netz zugänglich gemacht¹ oder vom Charta-Sekretariat in Papierform veröffentlicht.

Mit der einzigen Ausnahme von Liechtenstein wurden in allen Fällen, in denen das Ministerkomitee einen Prüfbericht zur Kenntnis genommen hat, den betreffenden Regierungen anschließend Empfehlungen ausgesprochen. Die Empfehlungen, die seit dem letzten Bericht an die Versammlung angenommen wurden, sind in Anhang II des vorliegenden Berichts aufgeführt. Es ist beachtenswert, dass sich das Ministerkomitee

eng an die Vorschläge des Sachverständigenausschusses angelehnt und so erheblich zur Stärkung des Überwachungsverfahrens beigetragen hat.

Der Sachverständigenausschuss befasst sich gegenwärtig mit der zweiten Überwachungsrunde zu Spanien und der dritten zu Deutschland. Er wird voraussichtlich 2007 die zweite Überwachungsrunde zu Armenien und Österreich, die dritte zu den Niederlanden und zu Schweden und die erste zu Montenegro und Serbien beginnen.

Ein europäischer Bezugsrahmen am Vorabend seines zehnten Jahrestages

Die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen dient dem Schutz und der Förderung geschichtlich gewachsener Regional- oder Minderheitensprachen in Europa, „von denen einige allmählich zu verschwinden drohen“ (Präambel). In Anbetracht der Sprachen inwohnenden Dynamik wird die Umsetzung dieser Vision offensichtlich viele Jahre oder sogar Generationen in Anspruch nehmen.

Fast zehn Jahre nach Inkrafttreten der Charta am 1. März 1998 und nahezu 30 Jahre nach Annahme der Bordeaux-Erklärung des Europarats, welche die Staaten aufforderte, die Minderheitensprachen zu schützen, kann jedoch eine wachsende internationale Anerkennung der Charta verzeichnet werden. Das Interesse, das andere zwischenstaatliche Organisationen an der Charta zeigen, unterstreicht ihre Bedeutung als das einzige rechtsverbindliche Instrument weltweit, das konkret dem Schutz von Regional- oder Minderheitensprachen gewidmet und damit ein wichtiges Übereinkommen des Europarats ist.

Die Einrichtungen der Europäischen Union beziehen sich im Rahmen ihrer Arbeit zur Mehrsprachigkeit weiterhin auf die Charta. Insbesondere das Europäische Parlament erkennt in einer 2003 angenommenen Entschließung die Charta als einen „wichtigen europaweiten rechtlichen Bezugsrahmen für diesen Bereich“ an. Im November 2006 hat es die europäischen Einrichtungen und Organe aufgerufen, „bei der Förderung und dem Schutz der Sprachenvielfalt und des Sprachunterrichts eng mit dem Europarat zusammenzuarbeiten und sich auf seine Erfahrung in diesem Bereich der Sprachenpolitik zu beziehen (z. B. das Europäische Sprachenportfolio oder die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen)“.

Die Grundidee der Charta, dass die Anerkennung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt letztendlich zum Abbau von Spannungen führt, die sich aus Minderheitenfragen ergeben, erklärt, warum sie auch als wesentlicher Beitrag zur Aufrechterhaltung von Frieden und Stabilität betrachtet wird. So sieht z. B. der Verfassungsrechtliche Rahmen für die vorläufige Selbstverwaltung des Kosovo aus dem Jahr 2001 vor, dass die „vorläufigen Einrichtungen für die Selbstverwaltung zwischenstaatlich anerkannte Menschenrechte und Grundfreiheiten beachten und gewährleisten sollen, einschließlich jener Rechte und Freiheiten, die in ... der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen festgelegt sind“ (Abs. 3.2g).

Aus demselben Grund hat die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in letzter Zeit ein gesteigertes Interesse an der Charta bekundet, das zu gemeinsamen Aktivitäten im Zusammenhang der erweiterten Zusammenarbeit des Europarats und der OSZE im Bereich nationale Minderheiten geführt hat.

So haben der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten der OSZE und das Charta-Sekretariat 2006 eine Tagung über technische Fragen der Ratifizierung der Charta durchgeführt. Die Tagung hatte zum Ziel, sieben Staaten zu unterstützen, die sich beim Beitritt zum Europarat zur Ratifizierung der Charta verpflichtet, dies aber noch nicht getan hatten. Dies war das erste Mal, dass eine Ratifizierungsberatung mehr als einem Land gleichzeitig angeboten wurde und dass das Charta-Sekretariat und der Hohe Kommissar gemeinsam eine solche Veranstaltung durchführten.

Beide Organisationen arbeiten auch vor Ort zusammen und führten 2006 sechs Tagungen durch, um das Bewusstsein für die Charta bei den Behörden von Serbien und Montenegro sowie bei den Organen und Verbänden, welche die Sprecher verschiedener Regional- oder Minderheitensprachen in Serbien vertreten, zu schärfen.

Schließlich veröffentlichten die OSZE und der Europarat 2007 eine Zusammenstellung von Standards für Minderheiten in Europa, von denen sich ein Großteil auf die Charta bezieht.

Es wurden auch Kontakte zur UNESCO aufgebaut, welche die Charta als Bezugsrahmen für den möglichen Entwurf eines zwischenstaatlichen Übereinkommens über indigene und bedrohte Sprachen betrachtet.

Stagnierende Zahl an Ratifizierungen

Bedauerlicherweise spiegelt sich die gestiegene internationale Anerkennung der Charta nicht in der Zahl der Ratifizierungen wider. Bisher wurde die Charta von 22 Mitgliedstaaten des Europarats ratifiziert und von weiteren elf Mitgliedstaaten unterzeichnet. Die Liste der Unterzeichnungen und Ratifizierungen befindet sich in Anhang I.

Mit der einzigen Ausnahme von Bosnien-Herzegowina, das die Charta im September 2005 unterzeichnet hat, ist die Unterzeichnung nahezu vollständig zum Stillstand gekommen.

In Sachen Ratifizierung haben die Mitgliedstaaten ebenfalls keine nennenswerten Fortschritte gemacht. Die Ukraine ratifizierte die Charta im September 2005, Serbien und Montenegro folgten im Februar 2006. Im November 2006 war die Tschechische Republik der letzte Staat, der die Charta im Berichtszeitraum ratifiziert hat.

Obwohl die Bedeutung dieser Ratifizierungen für die zahlreichen Regional- oder Minderheitensprachen in den betreffenden Staaten anerkannt wird, bleibt es enttäuschend, dass die Mehrheit der Mitgliedstaaten des Europarats der Charta bisher noch nicht beigetreten ist.

Dieses Bedauern wurde bereits in allen vorausgegangenen Zweijahresberichten zum Ausdruck gebracht und betrifft insbesondere jene Staaten, die einer ausdrücklichen Verpflichtung gegenüber dem Europarat unterliegen, der Charta beizutreten. Die Verzögerung der Ratifizierung beträgt bei der „ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien“ und bei Moldau elf Jahre, bei Russland zehn Jahre, bei Georgien sieben Jahre, bei Aserbaidschan nahezu sechs Jahre und bei Bosnien-Herzegowina drei Jahre.² Einige Staaten haben keinen Zeitplan für die Ratifizierung und andere, namentlich Albanien und Georgien, haben die Charta noch nicht einmal unterzeichnet.

Der kulturelle Ansatz

Die Abkehr der Charta vom herkömmlichen Ansatz des Schutzes von Volksgruppen, an dessen Stelle nun der Schutz und die Förderung der Sprachen dieser Volksgruppen betont wird, zielte auf jene Staaten ab, die behaupten, keine nationalen Minderheiten zu haben. Dessen ungeachtet haben mehr Staaten das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten ratifiziert. Insbesondere Albanien, Bulgarien, Georgien und Litauen sind diesem Übereinkommen beigetreten, haben aber die Charta nicht unterzeichnet. Auch Griechenland hat das Rahmenübereinkommen unterzeichnet. Zudem trat in der überwiegenden Mehrheit der Vertragsstaaten zur Charta diese erst nach dem Rahmenübereinkommen in Kraft, und in einigen Fällen (z. B. in der Tschechischen Republik) lagen zwischen beiden Zeitpunkten mehrere Jahre.

Auf den ersten Blick vermittelt dies den Eindruck, die Staaten zögerten viel stärker, die Regional- oder Minderheitensprachen zu schützen, als nationale Minderheiten anzuerkennen. Man muss jedoch auch die folgenden Gesichtspunkte berücksichtigen:

- Das Rahmenübereinkommen deckt alle Angelegenheiten ab, die in Bezug auf nationale Minderheiten von Belang sind, was ihm einen höheren Bekanntheitsgrad in den Mitgliedstaaten verleiht. Dies kann auch zum irigen Eindruck führen, die Charta sei lediglich eine Ergänzung des Rahmenübereinkommens und ihr Inhalt könne mittelbar über die Ratifizierung des Rahmenübereinkommens abgedeckt werden.
- Die Charta legt wesentlich ausführlichere und technischere Verpflichtungen fest als das Rahmenübereinkommen. Die Nichterfüllung der Verpflichtungen laut Charta wird schneller offensichtlich, was sie zu einem anspruchsvollen Rechtsinstrument macht.
- Anstatt Rechte für die Angehörigen nationaler Minderheiten zu schaffen, verpflichtet die Charta die Staaten dazu, positive Maßnahmen zu ergreifen. Es ist daher vorwiegend der Staat, der die Verantwortung übernimmt.

- Die von der Charta vorgenommene Betonung praktischer Verbesserungen anstelle einer nur formalen Anwendung macht ihre umfassende Umsetzung zu einer besonderen Herausforderung.
- Der dreijährige Überwachungszeitraum der Charta beinhaltet, dass den Staaten für die Umsetzung der Empfehlungen des Ministerkomitees und des Sachverständigenausschusses nur wenig Zeit bleibt.
- Teil II der Charta findet automatisch auf alle Sprachen Anwendung, die der Definition einer Regional- oder Minderheitensprache in der Charta entsprechen. Daher deckt Teil II auch kleine Sprachen ab, deren Sprecher vielleicht nicht die Aufmerksamkeit des Rahmenübereinkommens haben.

In Anbetracht dieser Erwägungen ist die gelegentliche Skepsis hinsichtlich der Wirksamkeit des kulturellen Ansatzes, dem die Charta unterliegt, ungerechtfertigt. Im Gegensatz dazu scheint es, dass die Stärken der Charta, vor allem die Betonung positiven und maßgeschneiderten Handelns in Bezug auf alle Regional- oder Minderheitensprachen, die in einem Land gebraucht werden, zur Verlangsamung des Ratifizierungsprozesses beitragen.

Die abnehmende Sprachenvielfalt in Europa

Da die Sprachenvielfalt überall in Europa abnimmt, kann ich nur die Beobachtung wiederholen, die in meinem vorausgegangenen Bericht enthalten war, dass nämlich das „Versäumnis dieser Staaten, die Charta zu ratifizieren, nicht allein dadurch erklärt oder gerechtfertigt werden [kann], dass sie diese nicht benötigen; ganz im Gegenteil.“ Für viele europäische Sprachen kann man eine stetige Abnahme der Zahl ihrer Sprecher feststellen. Wird diese Entwicklung nicht umgekehrt, wird sie unausweichlich zum Verschwinden von Sprachen in Gebieten führen, in denen sie seit Jahrhunderten gebraucht werden und in denen sie ein Bestandteil der regionalen Eigenart sind.

Während einige Staaten, wie z. B. die Schweiz oder Finnland, eine lange bestehende Tradition haben, Regional- oder Minderheitensprachen im öffentlichen Leben zu schützen und zu fördern, fehlt es anderen an einem Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Sprachenpolitik und sie beschränken den Gebrauch dieser Sprachen auf den Privatbereich. Die Erfahrungen des Sachverständigenausschusses zeigen, dass eine Sprache, die nicht im öffentlichen Leben vertreten ist, verkümmert und letztendlich verschwindet. Die Charta schafft eine Verbindung zwischen privatem und öffentlichem Gebrauch von Regional- oder Minderheitensprachen, wie die nachstehenden Beispiele zeigen.

Zunächst müssen die Regional- oder Minderheitensprachen in der Schule unterrichtet werden, um ihre Weitergabe als lebendige Sprachen zu gewährleisten und es den Kindern zu ermöglichen, diese in ausreichendem Maße zu beherrschen. Die Charta gewährleistet nicht nur die Bereitstellung eines diesbezüglichen Unterrichts, sondern fordert auch, dass angemessene Formen und Mittel zur Verfügung gestellt werden, z. B. Lehrerausbildung und Lehrmittel. Unter Berücksichtigung der unverzichtbaren Rolle, welche die Charta für das Unterrichten von Minderheitensprachen spielt, hat der Kongress im Mai 2007 allen Mitgliedstaaten des Europarats empfohlen, die Charta zu ratifizieren.³

Die Medien sind ein weiterer wichtiger Bereich, für den es einer aktiven Sprachenpolitik bedarf. In modernen Gesellschaften ist die Präsenz von Regional- oder Minderheitensprachen in den Medien genauso wichtig wie ihr Gebrauch in der Familie oder Schule. Allerdings erschwert ihnen ihre Schwäche, Zugang zu den Medien zu erhalten. Auch hier bietet die Charta einen Rahmen für ein systematisches Handeln des Staates, das über das bloße Diskriminierungsverbot oder Ad-hoc-Initiativen hinausgeht, die für den Schutz einer bedrohten Sprache unzureichend wären.

Die Wirkung der Charta auf die nationale Politik, Gesetzgebung und Praxis

Die Ergebnisse des Überwachungsverfahrens beweisen, dass in vielen Staaten das bloße Vorhandensein der Charta und ihre Umsetzung zu einem gestiegenen Bewusstsein für Regional- oder Minderheitensprachen führen. Ein Jahrzehnt nach ihrem Inkrafttreten können zweifelsfrei viele Verbesserungen auf die Charta zurückgeführt werden.

Eine unmittelbare Folge der Charta war, dass ihre Ratifizierung den Weg für die amtliche Anerkennung mehrerer Regional- oder Minderheitensprachen ebnete, z. B. in den *Niederlanden* und in *Großbritannien*. Als bedeutende politische Geste verpflichteten sich einige Vertragsstaaten, bestimmte anspruchsvolle

Bestimmungen der Charta auf Sprachen anzuwenden, die sich in einer geschwächten Lage befinden und für welche die Anwendung dieser Bestimmungen äußerst ehrgeizig ist (z. B. *Slowakei* in Bezug auf Bulgarisch, Kroatisch, Tschechisch und Polnisch). Einige Vertragsstaaten, wie z. B. *Deutschland*, zeigen eine dynamische Herangehensweise mit Blick auf ihre Ratifizierungsurkunde und weiten deren Anwendungsbereich aus, wenn sich die Lage einer Sprache bessert.

Die derzeitige Sprachenpolitik *Schwedens* ist vorwiegend das Ergebnis der Charta. Neben der Ratifizierung der Charta verabschiedete Schweden 1999 ein „Gesetz über das Recht, Samisch bei Verwaltungsbehörden und bei Gericht zu gebrauchen“, sowie das „Gesetz über das Recht, Finnisch und Meänkieli bei Verwaltungsbehörden und bei Gericht zu gebrauchen“.

In ähnlicher Weise hat das Land Schleswig-Holstein in *Deutschland* ein neues Gesetz über die Förderung des Nordfriesischen im öffentlichen Leben erlassen und erklärt, dieses Gesetz sei notwendig, um nach der Ratifizierung der Charta Gesetzeslücken zu schließen. Das Friesischgesetz von 2004 enthält u.a. Bestimmungen über den Gebrauch des Nordfriesischen bei Verwaltungsbehörden und die Beschäftigung von friesischsprachigen Beamten. Die deutschen Behörden meldeten 2007, Nordfriesisch werde nun im Verkehr mit Verwaltungsbehörden gebraucht.

Das 2004 in *Finnland* verabschiedete Sámi-Gesetz soll das Recht von Benutzern der samischen Sprache sicherstellen, ihre Sprache weiterzuentwickeln und im Verkehr mit Verwaltungs- und Justizbehörden zu gebrauchen. In Folge haben die finnischen Behörden Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkenntnisse ihrer Mitarbeiter erlassen.

Des Weiteren ist bemerkenswert, dass die Sprecher des Jiddischen in Finnland als unmittelbare Folge des Ortsbesuchs des Sachverständigenausschusses im Jahr 1999 mit dem Unterrichten ihrer Sprache begonnen haben. In den vergangenen Jahren ist das Interesse an Jiddisch in Finnland erheblich gestiegen und die Behörden haben verschiedene Tätigkeiten unterstützt.

2001 hat *Österreich* sein Rundfunkgesetz geändert und Bestimmungen über Sendungen in den Regional- oder Minderheitensprachen in den öffentlich-rechtlichen Auftrag des ORF aufgenommen. Laut den Vertretern der Sprecher der Regional- oder Minderheitensprachen war die Änderung unmittelbar mit der Ratifizierung der Charta durch Österreich verbunden.

Die *kroatischen* Behörden haben erklärt, der lange Prozess der Annahme des „Gesetzes über den Gebrauch der Sprachen und Schriften nationaler Minderheiten“ von 2000 sei durch die Anwendung der Charta beschleunigt worden.

Laut den Deutschsprachigen in *Dänemark* hat die Empfehlung des Ministerkomitees von 2004, dass die dänischen Behörden den Schutz des Deutschen im Zusammenhang mit der Reform der Verwaltungsstrukturen in Nordschleswig berücksichtigen sollten, zur Annahme einer Reihe von Sondervereinbarungen geführt, die darauf abzielen, die besonderen Interessen der deutschen Minderheit zu schützen. In diesem Zusammenhang haben die Behörden auch sichergestellt, dass die finanziellen Zuschüsse der Gemeinden erhalten blieben und dass weitere Mittel für neue Hörfunk- und Fernsehübertragungen in deutscher Sprache bereitgestellt wurden.

In *Norwegen* wurde Samisch selten bei Gericht gebraucht, teilweise auf Grund eines Mangels an Fachbegriffen und Dolmetschern. Das Ministerkomitee hat daher im Jahr 2001 empfohlen, „Bedingungen zu schaffen, welche den Gebrauch des Nordsamischen bei Justizbehörden gestatten“. Diese Empfehlung hat zur Gründung des ersten zweisprachigen Gerichts in Norwegen geführt, an dem nun Samisch in 25% der Fälle gebraucht wird.

Die Irischsprachigen in *Nordirland* haben bestätigt, dass die Empfehlung des Ministerkomitees von 2004, „Übertragungen im privaten Hörfunk auf Irisch zu erleichtern“, zur Erteilung einer fünfjährigen Genehmigung für einen privaten Hörfunksender geführt hat.

Ungarn wurde vom Sachverständigenausschuss 2001 aufgefordert, drei Gesetze so zu ändern, dass die Unsicherheiten im Hinblick auf die Möglichkeit, bei Gericht oder Verwaltungsbehörden Regional- oder Minderheitensprachen zu gebrauchen, beseitigt werden. Als Reaktion auf diese Empfehlung änderten die ungarischen Behörden die fraglichen Gesetze und stellten klar, dass jeder seine/ihre Regional- oder

Minderheitensprache sowohl mündlich als auch schriftlich gebrauchen kann, dass Dolmetscher hinzugezogen werden müssen, wenn eine Person seine/ihre Sprache gebrauchen möchte und dass die Übersetzungs- und Dolmetscherkosten vom Staat zu tragen sind.

Der Sachverständigenausschuss forderte die *niederländischen* Behörden 2001 auf, „die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Gebrauch von Familiennamen in friesischer Sprache in amtlichen Schriftstücken zu gestatten.“ 2003 trat ein neuer Erlass in Kraft, der die Annahme und den Gebrauch friesischer Familiennamen gestattet. Der Sachverständigenausschuss empfahl des Weiteren, Maßnahmen zu ergreifen, um dem Mangel an friesischsprachigen Mitarbeitern bei Gericht abzuwehren. In Folge haben die niederländischen Behörden verpflichtende Sprachkurse für neue Justizmitarbeiter eingeführt.

Diese Beispiele zeigen, dass die Charta die Lage der Regional- oder Minderheitensprachen in nahezu allen Vertragsstaaten verbessert hat, in vielen Fällen bereits während des ersten Überwachungszeitraums. Darüber hinaus gibt es gute Gründe anzunehmen, dass eine Reihe anderer Verbesserungen in den nationalen Gegebenheiten zumindest teilweise auf den Einfluss des Überwachungsverfahrens der Charta zurückgeführt werden können.

Andauernde Probleme

Trotz dieser beeindruckenden Erfolge darf nicht übersehen werden, dass eine Reihe von strukturellen Problemen weiterhin die Wirksamkeit der Charta behindern. Manche beziehen sich auf grundlegende Fragen der Anwendung der Charta, wie z. B. die beständige Auseinandersetzung des Sachverständigenausschusses mit einigen Vertragsstaaten darüber, welche Sprachen von der Charta abgedeckt werden. Ein Hauptmerkmal der Charta ist ihre automatische Anwendung auf alle Sprachen, die herkömmlich in einem Staat gebraucht werden und unter die Definition von Regional- oder Minderheitensprachen gemäß Artikel 1.a der Charta fallen, unabhängig davon, ob diese eine verfassungsrechtliche oder anderweitige Rechtsstellung in diesem Staat genießen.

Andere Staaten müssen nach wie vor den gesetzlichen Rahmen im Hinblick auf die Verpflichtungen, die sie eingegangen sind, verbessern und ergänzen und konkrete gesetzliche Bestimmungen verabschieden. Die Ratifizierung der Charta beinhaltet, dass die Vertragsstaaten ihre „Politik, Gesetzgebung und Praxis“ (Artikel 7.1) in Übereinstimmung mit der Charta bringen. In der Vergangenheit haben sich mehrere Ratifizierungsurkunden bedauerlicherweise auf die bereits bestehende innerstaatliche Gesetzgebung beschränkt. Es ist jedoch äußerst unwahrscheinlich, dass allgemeine Minderheitengesetze die Charta automatisch umsetzen werden. Die Charta wirksam umzusetzen erfordert von den Staaten, Gesetze in Bezug auf die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen zu verabschieden, und noch wichtiger, diese Gesetze in die Praxis umzusetzen.

Besondere Probleme bestehen mit Blick auf Bildung und Medien. Da ist zunächst das unzureichende Angebot von Sprachunterricht, insbesondere ein Mangel an qualifizierten Lehrern für alle Bildungstufen, was immer noch eines der größten Probleme für die meisten Regional- oder Minderheitensprachen ist. Die Lage wird noch durch den häufigen Mangel an geeigneten Überwachungsverfahren verschlimmert. Nur wenige Staaten haben ein Aufsichtsorgan eingerichtet, das die ergriffenen Maßnahmen und erzielten Fortschritte überwacht.

Missverständnisse bezüglich der Förderung und/oder Erleichterung von Hörfunk- und Fernsehübertragungen in Regional- oder Minderheitensprachen im *Privatsektor* bestehen nach wie vor. Viele staatliche Stellen betrachten private Sendungen lediglich als Ergänzung der öffentlich-rechtlichen Angebote und ergreifen keine positiven Maßnahmen, um die (geringfügige) Präsenz von Regional- oder Minderheitensprachen bei den Privatsendern zu erhöhen. Im Gegensatz dazu hat der Sachverständigenausschuss stets betont, dass für den Schutz von Regional- oder Minderheitensprachen private Medien eine ausschlaggebende Rolle spielen, die weit über eine bloße Ergänzung des öffentlich-rechtlichen Angebots hinausreicht.

Einige dieser Probleme traten erst im Verlauf der ersten und zweiten Überwachungsrunde nach Klärung der Sachlage und der Haltung des Sachverständigenausschusses zu Tage. In diesen Fällen scheint sich der Augenblick der Wahrheit im Hinblick auf die Bereitschaft der Vertragsstaaten, Lösungen vorzuweisen, zu nähern.

Die parlamentarische Dimension

Jede Regional- oder Minderheitensprache spiegelt eine einzigartige Weltsicht wider und vertritt somit einen wesentlichen Teil des europäischen Kulturerbes; viele sind jedoch vom Aussterben bedroht. Die Parlamentarische Versammlung hat sehr früh erkannt, dass in vielen Fällen die Charta die einzige Hoffnung für das zerbrechliche Erbe der Regional- oder Minderheitensprachen ist. Seit Mitte der 1990er Jahre hat sie systematisch von neuen Mitgliedstaaten gefordert, sich zum Beitritt zur Charta zu verpflichten. In ihrem Bericht über die „Fortschritte beim Überwachungsverfahren der Versammlung“, angenommen im April 2007, hat die Versammlung auch Griechenland, Irland, Lettland und Litauen gedrängt, die Charta zu unterzeichnen und zu ratifizieren, und Island, Italien und Malta, diese zu ratifizieren.⁴

Ungeachtet der klaren Haltung der Versammlung ist bisher nur ein Bruchteil der Mitgliedstaaten des Europarats eine Vertragspartei zur Charta geworden. Insbesondere Albanien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, die „ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“, Moldau und die Russische Föderation sind ihrer diesbezüglichen Verpflichtung bisher nicht nachgekommen. Eine besondere Verantwortung obliegt den betreffenden nationalen Parlamenten, ihre Regierungen zu drängen, die notwendigen Schritte zu ergreifen, damit der Ratifizierungsprozess ohne weitere Verzögerungen abgeschlossen werden kann.

Damit würden die Parlamente auch den Umstand berücksichtigen, dass nahezu alle Amtssprachen der Nichtvertragsstaaten zur Charta Regional- oder Minderheitensprachen in einem oder mehreren anderen Staat/en sind, so z. B. Albanisch in Italien, Bosnisch in Serbien, Bulgarisch in Ungarn, Französisch in Italien, Georgisch in Armenien, Griechisch in Ungarn, Irisch in Großbritannien, Italienisch in der Schweiz, Litauisch in Polen, Mazedonisch in Griechenland, Polnisch in der Tschechischen Republik, Portugiesisch in Spanien, Rumänisch in Ungarn, Russisch in Armenien und Türkisch in Bulgarien.

Das gute Arbeiten der Charta in ganz Europa ist daher im nationalen Interesse aller Staaten.

¹ www.coe.int/minlang

² Die Fristen waren: 9/11/1996 („ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“), 13/07/1996 (Moldau), 28/2/1998 (Russland), 27/4/2000 (Georgien), 25/1/2002 (Aserbaidschan) und 24/4/2004 (Bosnien und Herzegowina).

³ Bericht „Die Entwicklung von Mindeststandards für den Unterricht in Regional- und Minderheitensprachen“, CPR(14)3REP.

⁴ Dok. 11214.

Anhang I

Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen

Zeichnung
Ort: Straßburg
Datum: 5/11/1992

Inkrafttreten
Bedingungen: 5 Ratifikationen
Datum: 1/3/1998

Stand: 24/10/2007

Mitgliedstaaten des Europarats

Staaten	Unterzeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten	Hinw.	V.	E.	O.	T.	M.	Ew
Albanien										
Andorra										
Armenien	11/5/2001	25/1/2002	1/5/2002			X				
Aserbaidschan	21/12/2001					X				
Belgien										
Bosnien und Herzegowina	7/9/2005									
Bulgarien										
Dänemark	5/11/1992	8/9/2000	1/1/2001			X			X	
Deutschland	5/11/1992	16/9/1998	1/1/1999			X				
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	25/7/1996									
Estland										
Finnland	5/11/1992	9/11/1994	1/3/1998			X				
Frankreich	7/5/1999					X				
Georgien										
Griechenland										
Irland										
Island	7/5/1999									
Italien	27/6/2000									
Kroatien	5/11/1997	5/11/1997	1/3/1998		X	X				
Lettland										
Liechtenstein	5/11/1992	18/11/1997	1/3/1998			X				
Litauen										
Luxemburg	5/11/1992	22/6/2005	1/10/2005							
Malta	5/11/1992									
Moldau	11/7/2002									
Monaco										
Montenegro	22/3/2005	15/2/2006	6/6/2006	56						
Niederlande	5/11/1992	2/5/1996	1/3/1998			X		X		
Norwegen	5/11/1992	10/11/1993	1/3/1998			X				

Österreich	5/11/1992	28/6/2001	1/10/2001		X				
Polen	12/5/2003								
Portugal									
Rumänien	17/7/1995								
Russland	10/5/2001								
San Marino									
Schweden	9/2/2000	9/2/2000	1/6/2000		X				
Schweiz	8/10/1993	23/12/1997	1/4/1998		X				
Serbien	22/3/2005	15/2/2006	1/6/2006	56	X				
Slowakei	20/2/2001	5/9/2001	1/1/2002		X				
Slowenien	3/7/1997	4/10/2000	1/1/2001		X				
Spanien	5/11/1992	9/4/2001	1/8/2001		X				
Tschechische Republik	9/11/2000	15/11/2006	1/3/2007		X				
Türkei									
Ukraine	2/5/1996	19/9/2005	1/1/2006		X				
Ungarn	5/11/1992	26/4/1995	1/3/1998		X				
Vereinigtes Königreich	2/3/2000	27/3/2001	1/7/2001		X		X		
Zypern	12/11/1992	26/8/2002	1/12/2002		X				

Nichtmitgliedstaaten des Europarats

Staaten	Unterzeichnung	Ratifizierung	Inkrafttreten	Hinw.	V.	E.	O.	T.	M.	Ew
Gesamtzahl der Unterzeichnungen ohne Ratifikation:		10								
Gesamtzahl der Ratifikationen/Beitritte:		23								

Hinweise:

(56) Daten der Unterzeichnung und Ratifizierung durch den Staatenbund Serbien und Montenegro.

b.: Beitritt - na.: Nachfolge - r.: Unterzeichnung "ad referendum" - u.: Unterzeichnung ohne Vorbehalt der Ratifizierung.

V.: Vorbehalte - E.: Erklärungen - O.: Obrigkeiten - T.: Territorialer Anwendungsbereich - M.: Mitteilungen - Ew: Einwand.

Quelle: Vertragsbüro auf <http://conventions.coe.int>

Anhang II: Empfehlungen des Ministerkomitees

COUNCIL OF EUROPE COMMITTEE OF MINISTERS

Recommendation RecChL(2005) 2 of the Committee of Ministers on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages by Croatia

(Adopted by the Committee of Ministers on 7 September 2005

at the 936th meeting of the Ministers' Deputies)

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having regard to the instrument of ratification submitted by Croatia on 5 November 1997;

Having taken note of the second evaluation made by the Committee of Experts on the Charter with respect to the application of the Charter by Croatia;

Having taken note of the comments made by the Croatian authorities on the contents of the second report of the Committee of Experts;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by Croatia in its second periodical report, supplementary information given by the Croatian authorities, information submitted by bodies and associations legally established in Croatia and the information obtained by the Committee of Experts during its "on-the-spot" visit,

Recommends that the authorities of Croatia take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. in the light of the situation in the field and of the observations made by the Committee of Experts in its report, specify, in the third State periodical report, the municipal territories which are concerned by the application of Part III of the Charter and review the declaration appended to the instrument of ratification;
2. promote awareness and tolerance vis-à-vis the regional or minority languages and the culture they represent as an integral part of the cultural heritage of Croatia, both in the general curriculum at all stages of education and in the media;
3. offer pre-school education in the Ruthenian and Ukrainian languages and, regarding primary and secondary education, at least the teaching of Ruthenian, Slovak and Ukrainian within regular school hours in the territories in which such languages are used;
4. develop a coherent strategy in the field of teacher training and provide adequate teaching materials for minority language education;
5. take the necessary measures to ensure that the legal possibility for the speakers to use their regional or minority languages in relations with the relevant branches of the State administration is fully implemented in practice;
6. take immediate action to implement the use of bilingual place-names in all relevant cases;
7. grant the speakers a language-specific and more significant presence on public television and develop a presence on the regional radio stations also for those languages that do not yet benefit from it;
8. clarify the nature of the traditional presence of the Slovenian language in Croatia in co-operation with the speakers.

**COUNCIL OF EUROPE
COMMITTEE OF MINISTERS**

Recommendation RecChL(2005) 3 of the Committee of Ministers on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages by Spain

(Adopted by the Committee of Ministers on 21 September 2005

at the 938th meeting of the Ministers' Deputies)

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having regard to the declarations submitted by Spain on 9 April 2001;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts on the Charter with respect to the application of the Charter by Spain;

Having taken note of the comments made by the Spanish authorities on the contents of the Committee of Experts' report;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by Spain in its national report, supplementary information provided by the Spanish authorities, information submitted by bodies and associations legally established in Spain and information obtained by the Committee of Experts during its "on-the-spot" visit;

Recommends that the authorities of Spain take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. take the necessary legal and practical measures needed to ensure the implementation of the undertakings under article 9 of the Charter, in particular by ensuring that an adequate proportion of the judicial staff posted in the autonomous communities concerned by the application of Article 9 of the Charter has a working knowledge of the relevant languages;
2. review the recruitment, career and training schemes for the staff of the State administration offices with a view to ensuring that an adequate proportion of the staff in this field posted in the autonomous communities concerned by the application of Article 10 of the Charter has a working knowledge of the relevant languages;
3. strengthen the offer of education in Basque in the Basque Country, in particular with regard to secondary education and technical and vocational education;
4. adopt a structured approach, with a view to strengthening the use of Basque in the private electronic media in the Basque Country and in broadcasting in general in Navarra;
5. consider the possibility of applying an appropriate form of Part III protection to the Basque language within the "mixed zone" as defined by the legislation of Navarra;
6. strengthen the protection of Aragonese ("Fabra") and Catalan in Aragon, including establishing an appropriate legal framework.

**COUNCIL OF EUROPE
COMMITTEE OF MINISTERS**

Recommendation RecChL(2006) 1 of the Committee of Ministers on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages by Germany

(Adopted by the Committee of Ministers on 1 March 2006

at the 957th meeting of the Ministers' Deputies)

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having regard to the instrument of ratification submitted by Germany on 16 September 1998;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts on the Charter with respect to the application of the Charter by Germany;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by Germany in its second periodical report, supplementary information given by the German authorities, information submitted by bodies and associations legally established in Germany and the information obtained by the Committee of Experts during its "on-the-spot" visit,

Having taken note of the comments made by the German authorities on the contents of the Committee of Experts' report;

Recommends that the German authorities take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. adopt specific legal provisions, where these are still lacking, in order to ensure the practical implementation of the undertakings which Germany has entered into under the Charter;
2. take action to improve provision and allocate adequate resources for regional or minority language teaching and in particular:
 - ensure that the current schools rationalisation programme in Saxony does not jeopardise the provision of education in Upper Sorbian;
 - remedy the existing shortage of Lower-Sorbian-speaking teachers;
 - develop and implement the educational model for North Frisian proposed by the North Frisian speakers;
 - adopt measures to improve teaching in and of Sater Frisian as a matter of urgency and ensure continuity in educational provision in this language;
 - increase the number of hours devoted to, and provide clear guidelines for, Low German teaching in the *Länder* concerned;
 - adopt a structured policy with respect to Romany in the field of education, in co-operation with the speakers;
3. reverse the decline in study and research opportunities for Low German, Sater Frisian and Lower Sorbian and improve facilities for teacher training;
4. ensure that an effective monitoring mechanism exists in the field of education for all regional or minority languages covered under Part III;
5. take resolute action to establish a structured policy for making it practically possible to use regional or minority languages in dealings with the administration and, where relevant, in the courts;
6. create incentives to increase the provision for regional or minority languages in private broadcasting.

**COUNCIL OF EUROPE
COMMITTEE OF MINISTERS**

Recommendation RecChL(2006)2 of the Committee of Ministers on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages by Armenia

(Adopted by the Committee of Ministers on 14 June 2006

at the 967th meeting of the Ministers' Deputies)

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having regard to the declarations submitted by Armenia on 25 January 2002;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts on the Charter with respect to the application of the Charter by Armenia;

Having taken note of the comments made by the Armenian authorities on the contents of the Committee of Experts' report;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by Armenia in its national report, supplementary information provided by the Armenian authorities, information submitted by bodies and associations legally established in Armenia and information obtained by the Committee of Experts during its "on-the-spot" visit;

Recommends that the authorities of Armenia take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. improve the offer of Assyrian, Yezidi and Kurdish language education at all levels, in particular by ensuring adequate teacher training and up-dating teaching materials;
2. improve the legal basis ensuring the use of regional or minority languages before courts;
3. take measures to improve the presence of Assyrian and Greek on radio, and of Assyrian, Greek, Yezidi and Kurdish on television;
4. clarify whether there are regional or minority languages used in Armenia other than those mentioned in Armenia's instrument of ratification.

**COUNCIL OF EUROPE
COMMITTEE OF MINISTERS**

Recommendation RecChL(2006)3 of the Committee of Ministers on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages by Cyprus

(Adopted by the Committee of Ministers on 27 September 2006

at the 974th meeting of the Ministers' Deputies)

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having regard to the declarations submitted by Cyprus on 4 August 2005;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts on the Charter with respect to the application of the Charter by Cyprus;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by Cyprus in its national report, supplementary information provided by the Cypriot authorities, information submitted by bodies and associations legally established in Cyprus and information obtained by the Committee of Experts during its "on-the-spot" visit;

Recommends that the authorities of Cyprus take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. apply Part II protection to Cypriot Maronite Arabic as a regional or minority language in Cyprus within the meaning of the Charter and strengthen in particular the teaching of Cypriot Maronite Arabic at primary school level;
2. take measures to ensure that teaching in and of Armenian at secondary level remains available;
3. adopt a structured policy for the protection and promotion of the Armenian and Cypriot Maronite Arabic languages.

**COUNCIL OF EUROPE
COMMITTEE OF MINISTERS**

Recommendation RecChL(2006)4 of the Committee of Ministers on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages by Sweden

(Adopted by the Committee of Ministers on 27 September 2006

at the 974th meeting of the Ministers' Deputies)

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having regard to the instrument of ratification submitted by Sweden on 9 February 2000;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts on the Charter with respect to the application of the Charter by Sweden;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by Sweden in its second periodical report, supplementary information given by the Swedish authorities, information submitted by bodies and associations legally established in Sweden and the information obtained by the Committee of Experts during its on-the-spot visit,

Having taken note of the comments made by the Swedish authorities on the contents of the Committee of Experts' report;

Recommends that the Swedish authorities take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. implement the proposals of the Government Commission for the Finnish and South Sami Languages, in respect of extending the administrative areas for Finnish and Sami, as well as adopting specific legislation on regional or minority languages and establishing a national agency responsible for supervising its implementation;
2. take practical measures to strengthen access to education in regional or minority languages by tackling the existing structural and resourcing problems, and in particular, develop strategies to increase the availability of teachers and provide secondary education in regional or minority languages;
3. adapt the existing models for education in regional or minority languages to Sweden's undertakings under the Charter, including improving the quality and availability of "mother-tongue" education and making appropriate provision for bilingual education;
4. adopt, as a matter of urgency, flexible and innovative measures to maintain the South Sami language;
5. establish a structured policy and take organisational measures to encourage the oral and written use of Sami, Finnish and Meänkieli in dealings with judicial and administrative authorities in the defined administrative areas;
6. encourage and/or facilitate the creation and/or maintenance of at least one newspaper in Sami and Meänkieli;
7. take steps to increase awareness and understanding concerning regional or minority languages in Swedish society at large.

**COUNCIL OF EUROPE
COMMITTEE OF MINISTERS**

Recommendation RecChL(2007)1 of the Committee of Ministers on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages by Slovakia

(Adopted by the Committee of Ministers on 21 February 2007 at the 988th meeting of the Ministers' Deputies)

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having regard to the declarations submitted by Slovakia on 9 April 2001;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts on the Charter with respect to the application of the Charter by Slovakia;

Having taken note of the comments made by the Slovak authorities on the contents of the Committee of Experts' report;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by Slovakia in its national report, supplementary information provided by the Slovak authorities, information submitted by bodies and associations legally established in Slovakia and information obtained by the Committee of Experts during its "on-the-spot" visit;

Recommends that the authorities of Slovakia take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. improve and complete the legislative framework in the light of the obligations entered into by Slovakia upon its ratification of the Charter, and in particular:
 - review the requirement that regional or minority language speakers should represent at least 20% of the municipal population for the undertakings in the field of administration to be operational;
 - review the restrictions on the use of regional or minority languages arising as a consequence of the State Language Act;
 - remove the restrictions on the right to use regional or minority languages in court;
 - guarantee women the right to adopt or use family names in regional or minority languages;
2. improve the provision of regional or minority language education, in particular concerning teacher-training, and set up a body in charge of monitoring the measures taken and progress achieved;
3. improve the provision of broadcast and print media in all regional or minority languages;
4. promote awareness and tolerance vis-à-vis the regional or minority languages and the cultures they represent as an integral part of the cultural heritage of Slovakia, both in the general curriculum at all stages of education and in the media;
5. concerning the Romany language:
 - ensure that Romany language education is provided where there is a demand for it and inform Roma parents about its availability;
 - accelerate the implementation of a curriculum for the Romany language;
 - abolish without delay the practice of unjustified enrolment of Roma children in schools for children with special needs;
6. take measures to provide Ruthenian language education at all levels.

**COUNCIL OF EUROPE
COMMITTEE OF MINISTERS**

Recommendation RecChL(2007)2 of the Committee of Ministers on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages by the United Kingdom

(Adopted by the Committee of Ministers on 14 March 2007

at the 989th meeting of the Ministers' Deputies)

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having regard to the declarations submitted by the United Kingdom on 27 March 2001, 11 March 2003 and 22 April 2003;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts of the Charter with respect to the application of the Charter by the United Kingdom;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by the United Kingdom in its second periodical report, supplementary information given by the United Kingdom authorities, information submitted by bodies and associations legally established in the United Kingdom and the information obtained by the Committee of Experts during its on-the-spot visit;

Having taken note of the comments made by the United Kingdom authorities on the contents of the Committee of Experts' report;

Recommends that the authorities of the United Kingdom take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

1. elaborate and implement a comprehensive Scottish Gaelic language education policy;
2. develop a comprehensive Irish language policy, including measures to meet the increasing demand for Irish-medium education;
3. develop further Welsh-medium education, in particular, take steps to improve linguistic continuity in the transition from primary to secondary level in Welsh-speaking areas, and establish a co-ordinated approach to monitoring progress achieved in developing Welsh-medium education;
4. increase support for the printed media in Scottish Gaelic and Irish;
5. take further measures to ensure that health and social care facilities offer services in Welsh;
6. strengthen the efforts to improve the position of Scots and Ulster Scots.

**COUNCIL OF EUROPE
COMMITTEE OF MINISTERS**

Recommendation RecChL(2007)3 of the Committee of Ministers on the application of the European Charter for Regional or Minority Languages by Norway

(Adopted by the Committee of Ministers on 16 May 2007

at the 995th meeting of the Ministers' Deputies)

The Committee of Ministers,

In accordance with Article 16 of the European Charter for Regional or Minority Languages;

Having regard to the instrument of ratification submitted by Norway on 10 November 1993;

Having taken note of the evaluation made by the Committee of Experts of the Charter with respect to the application of the Charter by Norway;

Bearing in mind that this evaluation is based on information submitted by Norway in its third periodical report, supplementary information given by the Norwegian authorities, information submitted by bodies and associations legally established in Norway and the information obtained by the Committee of Experts during its on-the-spot visit,

Recommends that the Norwegian authorities take account of all the observations of the Committee of Experts and, as a matter of priority:

- adopt a structured policy for the protection and promotion of the Kven language in co-operation with the speakers, in particular concerning the standardisation of Kven, the improvement of teaching in/of Kven at all appropriate stages, and the increase of the use of Kven in the public sphere.
- strengthen their efforts to provide teaching materials and teacher training for Kven, Lule and South Sámi, Romani and Romanes.
- ensure that social and health care institutions within the Sámi administrative district offer services in Sámi.
- ensure that the national population registers and other public institutions accept Sámi names in their correct native form.